
Neubau einer Gastransportleitung nach EnWG Süddeutsche Erdgasleitung (SEL)

Antrag auf Planfeststellung – Teil D

Unterlage 8 – Mitzuentscheidende Genehmigungen, Zulassungen und Befreiungen

Teilabschnitt

Grenze Regierungsbezirke Darmstadt (Hessen) / Karlsruhe

Grenze Regierungsbezirke Karlsruhe / Stuttgart

Verantwortliche

Vorhabenträgerin	terrane ts bw GmbH Am Wallgraben 135, 70565 Stuttgart
Auftragnehmer, Planungsbüro in Kooperation mit:	DMT Engineering & Surveying GmbH & Co. KG Bobenfeld 1, 44652 Herne

ARGE SEL Ingenieurdienstleister



bosch & partner



im Auftrag der terrane**ts** bw GmbH

Inhaltsverzeichnis

1	Antrag auf Entnahme und Einleitung von Grundwasser zur Baudurchführung nach WHG / WG BW	6
1.1	Allgemeines.....	6
1.2	Boden- und Baugrunduntersuchungen, Bemessungsgrundwasserstände	6
1.3	Reichweite der Grundwasserabsenkungen	6
1.4	Entwässerungsverfahren.....	7
1.5	Offene Wasserhaltung.....	7
1.6	Horizontaldränage	7
1.7	Spülfilter oder Wellpointentwässerung.....	8
1.8	Flach- und Tiefbrunnen	8
1.9	Dauer der Einleitung.....	9
1.10	Wiedereinleitung des geförderten Grundwassers	9
1.11	Information der Eigentümer	9
1.12	Auswirkungen durch Grundwasserentnahmen	9
1.13	Wasserrechtlich genehmigungsrelevante Bereiche	10
2	Antrag auf Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zur Druckprüfung nach WHG / WG BW	11
2.1	Allgemeines.....	11
2.2	Entnahme.....	11
2.3	Wiedereinleitung.....	13
3	Antrag auf Befreiung von Verboten in Wasserschutzgebieten gemäß WHG / WG BW	14
3.1	Allgemeines.....	14
3.2	Zu querende Wasserschutzgebiete	14
3.3	Technische Schutzmaßnahmen	15
4	Antrag auf Befreiung von Verboten in Überschwemmungsgebieten nach WHG / WG BW	17
4.1	Angaben zu Überschwemmungsgebieten	17
4.2	Arbeiten innerhalb der Überschwemmungsgebiete	17
5	Antrag auf Erteilung von Genehmigungen für die Querung von Gewässern und deren Gewässerrandstreifen gemäß WHG / WG BW	19
5.1	Zu kreuzende Gewässer	19
5.2	Bauweisen.....	20
5.2.1	Offene Gewässerquerungen.....	20
5.2.2	Geschlossene Gewässerquerungen.....	21
6	Antrag auf Befreiung von Verboten in Schutzgebieten nach BNatSchG und NatSchG BW...	22

6.1 Naturschutzgebiete - NSG.....	22
6.2 Landschaftsschutzgebiete - LSG.....	22
6.3 Vogelschutzgebiete - VSG	27
6.4 Naturdenkmale.....	27
6.5 Gesetzlich geschützte Biotop.....	27
7 Antrag nach Landeswaldgesetz BW	30
7.1 Immissionsschutzwälder.....	30
7.2 Klimaschutzwälder	30
7.3 Bodenschutzwälder	30
7.4 Erholungsschutzwälder	30
7.5 Weitere Eingriffe in Waldflächen.....	30
7.6 Beschreibung des Waldeingriffs durch das Vorhaben	31
8 Antrag nach Denkmalschutzgesetz BW.....	33
8.1 Allgemeines.....	33
8.2 Vorgehen zum Schutz von Kulturdenkmäl.....	33
9 Bauanträge für oberirdische Anlagenteile nach Landesbauordnung BW	34

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Liste der durch die SEL gequerten Wasserschutzgebiete (WSG).....	14
Tabelle 2: Tabellarische Darstellung der vom Trassenverlauf der SEL gequerten Überschwemmungsgebiete	17
Tabelle 3: Übersicht der im Zuge der Errichtung der SEL im PFA II zu kreuzenden Gewässer (Quelle: DMT ES)	19
Tabelle 4: Vom geplanten Trassenverlauf der SEL im PFA II berührten oder gequerten Landschaftsschutzgebiete	22
Tabelle 5: Vom geplanten Trassenverlauf der SEL im PFA II berührten oder gequerten gesetzlich geschützte Biotope (Quelle: Bosch und Partner)	27

Allgemeiner Überblick zum Bauvorhaben

Wie in Teil A – Erläuterungsbericht – dargelegt, beabsichtigt die terraneTs bw GmbH ihr im südwestdeutschen Raum, insbesondere in Baden-Württemberg, wie auch den angrenzenden Bundesländern Bayern und Hessen sowie den Anrainerstaaten Liechtenstein, Österreich und Schweiz vorhandenes Gastransportleitungsnetz bedarfsentsprechend und zukunftsgerichtet, sprich H2-ready, durch die Errichtung der Planfeststellungsabschnitte SEL II (Mannheim – Hüffenhardt, hier vorliegender Planfeststellungsantrag) und III (Siegersbach – Esslingen a.N., bereits planfestgestellt) zu erweitern. Auf die unter Teil A enthaltene Planrechtfertigung im Sinne des § 1 EnwG wird insoweit verwiesen.

Durch den Bau der SEL im Planfeststellungsabschnitt II werden aufgrund der im Zuge der beantragten Errichtung der Leitung Wasserhaltungen, Querung von verschiedenen Oberflächengewässern wie auch der Entnahme und Wiedereinleitung von Wässern zur Druckprüfung zwecks sachverständiger Abnahme der errichteten Leitung wasserrechtliche Belange berührt.

Darüber hinaus werden naturschutzrechtliche, waldrechtliche und denkmalschutzrechtliche Belange tangiert.

Schließlich bedürfen Einrichtungen, die zu den oberirdischen Anlagenteilen der SEL gehören (etwa Einfriedungen) der baurechtlichen Genehmigung.

Im Einzelnen ergeben sich daher die nachstehend unter den Ziffern 8.2 bis 8.9 relevanten Anträge:

1 Antrag auf Entnahme und Einleitung von Grundwasser zur Baudurchführung nach WHG / WG BW

Die Vorhabenträgerin beantragt hiermit, die wasserrechtliche Genehmigung für alle im Zuge der Errichtung des SEL im PFA II vorzunehmenden Entnahmen und Einleitungen von Grundwasser.

1.1 Allgemeines

Aufgrund der durchgeführten Boden- und Baugrunduntersuchungen werden auf der geplanten Süddeutschen Erdgasleitung auf bestimmten Strecken Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich. Nach Ermittlung der entsprechenden Kennwerte wurden Art und Umfang der durchzuführenden Wasserhaltung festgelegt.

Während des Baus kann es zu örtlichen Anpassungen der Entwässerung infolge der tatsächlichen Witterungsbedingungen in Verbindung mit veränderten Grundwasserständen kommen.

Es wurden nur ausreichend leistungsfähige Vorfluter für die Einleitung des geförderten Grundwassers herangezogen. Bei der Bauausführung wird darauf geachtet, dass der Abflussquerschnitt der Vorfluter nicht eingeschränkt wird.

1.2 Boden- und Baugrunduntersuchungen, Bemessungsgrundwasserstände

Grundlage für die Festlegung der Bemessungsgrundwasserstände sind die durch die CDM Smith Consult GmbH, Stuttgart (im Folgenden kurz „CDM Smith“ genannt), in den Jahren 2021 bis 2023 durchgeführten Baugrunduntersuchungen. Hierbei wurde Grundwasser in für den Bauablauf relevanten Tiefen ausschließlich in den Niederungsbereichen der Trasse angetroffen. Bei den festgestellten Wasserspiegeln handelt es sich zum einen um freies Grundwasser innerhalb von durchlässigen Böden wie z.B. Sanden und Kiesen. Zum anderen wurden Wasserspiegel dokumentiert, die sich durch das Ausbluten von in nur gering durchlässigen, bindigen Böden gebundenem Wasser ergeben. Lokal wurden wasserführende Schichten und Quellbereiche festgestellt, die sich z.B. im Verwitterungshorizont der angetroffenen Festgesteine eingestellt haben.

Insbesondere im Bereich der bindigen Böden ist bei einer Bauzeit in den Sommermonaten davon auszugehen, dass die Freihaltung der Baugruben und des Rohrgrabens von Grundwasser durch eine offene Wasserhaltung erfolgen kann. Im Falle ungünstiger Witterungsbedingungen und bei Abschnitten von wasserführenden Schichten werden jedoch geschlossene Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich. Diese Wasserhaltungsmaßnahmen wurden in den Antragsunterlagen berücksichtigt.

1.3 Reichweite der Grundwasserabsenkungen

Die Berechnungen der Reichweiten der Grundwasserabsenkungen erfolgte unter Zugrundelegung der Bemessungsgrundwasserstände und Durchlässigkeiten der örtlichen Geologie.

1.4 Entwässerungsverfahren

Entsprechend den Bauanforderungen wird das für die ermittelten Durchlässigkeitswerte des jeweils anstehenden Bodens zweckmäßigste Grundwasserabsenkungsverfahren gewählt.

1.5 Offene Wasserhaltung

Bei der offenen Wasserhaltung wird das in der Baugrube auf der Sohle und den Böschungen zufließende Tagwasser in Pumpensümpfen gesammelt und von dort aus offen abgepumpt. Das Tagwasser wird unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten entweder auf angrenzenden Flächen oberflächlich versichert oder in die Vorflut eingeleitet. Der Anfall des Tagwassers ist witterungsabhängig und nicht vorhersehbar. Da die Beseitigung des Tagwassers gemäß §§ 25 und 46 WHG sowie der entsprechenden Paragraphen des Landeswassergesetzes erlaubnisfrei ist, wird dies nicht gesondert beantragt. Insbesondere bei der Ableitung des Tagwassers in die offene Vorflut sind zur Abscheidung von Schwebstoffen geeignete Absetzeinrichtungen einzusetzen (z. B. Absetzcontainer).

1.6 Horizontaldränage

Ein im Rohrleitungsbau sehr verbreitetes System zur Absenkung des Grundwasserspiegels auf längeren Baustrecken, hauptsächlich dort, wo die Rohrleitung in Normaltiefe oder geringer Übertiefe verlegt wird, ist der Einbau einer Horizontaldränage, sog. „H-Dräne“.

Die Horizontaldränage ist nicht anwendbar in Bodenhorizonten grober Gesteinskörnungen oder auf Schotterstrecken mit sehr hohem Grundwasseranfall.

Ein mit einem Textilschlauch überzogener Kunststoffdrän wird in etwa 1 m unterhalb der geplanten Rohrsohle im Achsbereich der Rohrleitung eingefräst. Je nach Wasserandrang und Durchlässigkeit des Bodens wird eine Baulänge zwischen etwa 30 m bis max. 75 m gewählt. Auf Strecken mit feinkörnigen Böden mit z.B. auch organischen Beimengungen, wie z.B. in Mooren, wird oberhalb des Dräns eine Kiespackung eingebracht, um die Eintrittsfläche des Wassers zu vergrößern.

Die Horizontaldränage wirkt als Schwerkraftentwässerung bei sandig-kiesigen Böden bzw. als Vakuumentwässerung bei entsprechend feinkörnigen Böden. Bedingt durch das entstehende Vakuum stellt sich hierbei eine Stabilisierung der Rohrgrabenwände ein, wenn die Pumpen mit entsprechender Vorlaufzeit gefahren werden. Bei hohem Feinkorngehalt sollte auf eine Aufkiesung des Dräns nicht verzichtet werden.

Für die Entwässerungsstrecken mit Horizontal-Dränen sollte eine Vorlaufzeit von ca. 5 Tagen nicht unterschritten werden, da die Böden das Wasser nur sehr langsam abgeben. Die durchschnittliche Laufzeit für die Dräne beträgt ca. 14 Tage. Die Pumpenabstände sollten zweckmäßigerweise vorher durch einen Versuch festgelegt werden, wobei Ausführung der Arbeiten und die dabei verwendete Sorgfalt von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die Arbeiten zur Verlegung von horizontaldränen sollen und dürfen nur von einem Fachunternehmen ausgeführt werden, das über eine ausreichende Erfahrung und über entsprechende Verlegegeräte verfügt.

1.7 Spülfilter oder Wellpointentwässerung

Hierzu werden Filter von ca. 2" Durchmesser (~ 50 mm), die am unteren Ende einen 1 m bis 2 m langen geschlitzten Filter aufweisen, in den Boden eingespült. Die Einspülung erfolgt über den Filter selbst oder aber über Spüllanzen. Je nach Boden kann auch ein Vorbohren der Filter erforderlich werden.

Als Pumpen werden handelsübliche Vakuumpumpen verwendet. Der größte Teil des Unterdruckes wird zum Heben des geförderten Wassers verbraucht, so dass sich in den Filtern ein Gemisch von Luft und Wasser sowie Wasserdampf befindet. Nur der verbleibende Rest wirkt als Unterdruck auf den Boden. Bei Böden mit einem kf-Wert von $>0,0001$ m/s wirken die Spülfilter als Punktbrunnen, sog. Wellpoints, da kein Unterdruckraum außerhalb des Filters aufgebaut wird. Wellpoints sind die einfachste Form der Flachhaltung, der Unterdruck wird vollständig zum Heben des Wassers verbraucht. Das Wasser fließt dem Brunnen infolge der Schwerkraft zu.

Im Allgemeinen wird mit einer Staffel von Spülfiltern keine tiefere Absenkung als 4 m bis 6 m erreicht, bei tieferer Absenkung wird ein mehrstaffeliger Ausbau der Anlage notwendig. Spülfilter werden hauptsächlich an Gruben, Kopflöchern und Press- und Zielgruben für Mantel- und Produktenrohrpressungen eingebaut. Wegen des relativ hohen Installationsaufwandes sieht man auf längeren Strecken davon ab, Spülfilter zu verwenden und verlegt stattdessen die Horizontaldränung.

1.8 Flach- und Tiefbrunnen

Flachbrunnen sind Brunnen mit max. 8 m Saughöhe. Das Wasser wird mit auf der Geländeoberfläche stehenden Kreisel- oder Kolbenpumpen gefördert. Da jeder Brunnen ein eigenes Saugsystem besitzt, erfordert der Betrieb derartiger Anlagen eine ständige Überwachung.

Mit Tiefbrunnen ist jede gewünschte Absenktiefe erreichbar. In jeden Brunnen wird eine Elektro-U-Pumpe installiert, die das Wasser nicht saugt, sondern drückt.

Die Brunnen werden im Pipelinebau als Kiesschüttungsbrunnen mit einem Bohrdurchmesser von ca. 600 mm ausgebildet.

Sowohl Flachbrunnen als auch Tiefbrunnen müssen außerhalb der Baugrube liegen. Sie behindern dadurch weder den Aushub noch die späteren Arbeiten innerhalb der Baugrube.

Schwerkraftbrunnen

Diese Brunnen können sowohl als Flachbrunnen wie auch als Tiefbrunnen zur Ausführung gelangen. In beiden Fällen fließt das Wasser nur auf Grund des Wasserstandhöhenunterschiedes den Brunnen zu.

Vakuumbrunnen

Beim Vakuumbrunnen wird das Wasser nicht durch den Unterdruck, sondern über eine gesonderte Einrichtung im Brunnen gehoben. Der auf den Brunnen aufgebrachte Unterdruck steht voll zur

Erzeugung eines Luftdruckgefälles zur Verfügung. Der geschlitzte Filter sollte ca. 4m bis 5 m lang sein.

Das obere Ende des Brunnens wird mittels eines Deckels luftdicht verschlossen. Die Pumpen sind mit Einrichtungen wie Schwimmer oder Elektroden gegen Trockenlaufen abzusichern.

Der Installationsaufwand und die benötigten Einrichtungen, sowie der sehr sorgfältig auszuführende Bau des Brunnens verursachen weitaus höhere Kosten als die zuvor erwähnten Schwerkraftbrunnen.

1.9 Dauer der Einleitung

Für die Arbeitsschritte Rohrgrabenöffnung, Rohrverlegung und Grabenverfüllung ist es erforderlich, den Rohrgraben wasserfrei zu halten.

Die Absenkung des Grundwasserspiegels auf der freien Strecke erfolgt in der Regel durch den Einbau von Spülfiltern. Alternativ kann auf langen Baustrecken, die nicht innerhalb von Wasserschutzgebieten liegen, eine Horizontaldränage eingesetzt werden.

Im Bereich bestimmter Kreuzungen oder Baugruben werden Brunnen bzw. Spülfilter für die Grundwasserabsenkung eingesetzt.

Zum Zeitpunkt der Genehmigungsplanung ist aufgrund der angedachten Bauverfahren, sowie der bisherigen Erkenntnisse aus der Baugrunderkundung von einer Vorlaufzeit vom 7 Tagen und einer weiteren Förderzeit von 3 bis 4 Wochen auszugehen.

1.10 Wiedereinleitung des geförderten Grundwassers

Dort, wo offene Vorfluter zur Einleitung des geförderten Grundwassers in Trassennähe vorhanden sind, werden diese genutzt. Auf Strecken ohne ausreichende offene Vorflut erfolgt die Ableitung des geförderten Grundwassers auf angrenzende, geeignete Flächen. Das Wasser kommt dort breitflächig zur Versickerung. Mit den Grundeigentümern ist vor Beginn der Einleitung ein Einvernehmen herzustellen.

Wo eine Filterung erforderlich wird, soll dies mittels mobiler Container erfolgen, die ohne zusätzlichen Eingriff in die Landschaft aufgestellt und abgebaut werden können.

1.11 Information der Eigentümer

Alle betroffenen Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigte (etwa Landpächter) werden im Rahmen der Wegerechtsverhandlungen über den Umfang der Baumaßnahme und damit über evtl. kurzfristige Grundwasserabsenkungen informiert. Vor Baubeginn wird der Beginn der Bauarbeiten nochmals jedem Betroffenen gesondert und zeitlich vorgelagert angezeigt.

1.12 Auswirkungen durch Grundwasserentnahmen

Die kurzfristige Absenkung des Grundwassers erfolgt in der Regel bis zu einer Tiefe von rd. 4 m bis 6 m unter Geländeoberkante (Erfahrungswerte).

Es sind keine schädlichen Veränderungen des Grundwassers zu erwarten. Nach Beendigung der Baumaßnahme wird sich der Grundwasserstand wieder auf den ursprünglichen Stand einstellen.

1.13 Wasserrechtlich genehmigungsrelevante Bereiche

Eine genaue Zuordnung der Wasserhaltungsbereiche kann zum Zeitpunkt der Stellung des Planfeststellungsantrags noch nicht vorgenommen werden.

Die Vorhabenträgerin erklärt, die Wasserhaltungsmaßnahmen in Form eines Wasserhaltungskonzeptes bei der Planfeststellungsbehörde und der unteren Wasserbehörde im Laufe der sich der Planfeststellung anschließenden Ausführungsplanung zu beantragen.

2 Antrag auf Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zur Druckprüfung nach WHG / WG BW

Die Vorhabenträgerin beantragt hiermit, die wasserrechtliche Genehmigung für die im Zuge der Errichtung der SEL im PFA II im Zusammenhang mit der durchzuführenden Druckprüfung erforderlichen Entnahmen und Wiedereinleitungen von Oberflächenwässern.

2.1 Allgemeines

Nach Verlegung der Erdgasleitung werden die Rohre gemäß DVGW Arbeitsblatt G 469 und Vd-TÜV Merkblatt 1060 „Richtlinien für die Durchführung des Stresstests“ mit Wasser unterzogen.

Detaillierte Angaben über Bauzeiten und den zeitlichen Ablauf der Druckprüfung sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Druckprüfung findet im bereits verfüllten Rohrgraben statt.

Der Beginn der Druckprüfung wird vor Beginn der Arbeiten mitgeteilt.

2.2 Entnahme

Die Entnahme des Druckprüfungswassers erfolgt auf Grundlage des vorläufigen Prüfkonzepthes aus dem Neckar

Bei Edingen-Neckarhausen ist die Entnahme und Wiedereinleitung innerhalb der BE-Fläche der Querung der SEL mit dem Neckar, westlich der Schleuse Schwabenheim vorgesehen. Die zweite Entnahme- und Wiedereinleitstelle ist östlich der Gemeinde Hüffenhardt und nördlich angrenzend an den ehemaligen Steinbruch am Neckarhang W. Böttingen geplant. Die Entnahme- und Wiedereinleitstellen sind Abbildung 1 und Abbildung 2 zu entnehmen.

Der Neckar wird für die Entnahme von Wasser zu Druckprüfungszwecken als grundsätzlich geeignet und ausreichend leistungsfähig angesehen, so dass mit einer negativen Beeinflussung durch die Entnahme von Wasser nicht zu rechnen ist.

Die Wassermenge, die dem Neckar entnommen werden soll, beträgt, unter der Berücksichtigung eines Zusatzes als Vorwasser von 30 %, voraussichtlich ca. 7.800 m³.



Abbildung 1: Lage der geplanten Entnahme und Eidereinleitstelle westlich der Schleuse Schwabenheim; gelb dargestellt (Quelle: DMT ES)



Abbildung 2: Lage der geplanten Entnahme und Eidereinleitstelle nördlich des ehem. Steinbruchs am Neckarhang bei Böttingen; gelb dargestellt (Quelle: DMT ES)

Die Entnahmeeinrichtung besteht aus einer Saugleitung, die in einem Filterkasten endet. Die Filtereinrichtung wird so dimensioniert, dass ein Ansaugen von Fischen oder Pflanzen verhindert wird.

Es wird die Genehmigung zur Entnahme von Wasser für die Druckprüfung der Süddeutschen Erdgasleitung aus dem Neckar beantragt.

2.3 Wiedereinleitung

Nach erfolgter Druckprüfung wird das Wasser wieder dem Neckar zugeführt.

Der Neckar wird als ausreichend leistungsfähig angenommen, sodass mit einer negativen Beeinflussung durch die Einleitung von Wasser, welches zur Durchführung der Druckprüfung entnommen wurde, nicht zu rechnen ist.

Die Verweilzeit des Wassers in der Rohrleitung ist zum Zeitpunkt der Planfeststellung nicht absehbar. Die Verweilzeit in der Rohrleitung und die Aufdrückung des Wassers vermindern den Sauerstoffgehalt im Wasser. Um das Wasser mit Sauerstoff anzureichern, werden vor der Wiedereinleitung in die Vorflut Container angeordnet. Innerhalb der Container setzen sich aufgrund der langsamen Fließgeschwindigkeit die möglicherweise im Wasser befindlichen Feinpartikel ab. Die Container werden über einen freien Versturz beschickt, wodurch eine Wiederanreicherung des Wassers mit Sauerstoff erfolgt.

Zum Schutz vor Ausspülungen der Gewässersohle oder des Uferbereiches werden Maßnahmen in Form von Geogittern und/oder PE-Folien in den entsprechenden Bereichen vorgesehen.

Da dem Wasser, welches ausschließlich für die Druckprüfung verwendet wird, keine Stoffe oder Zusätze zugegeben werden, ist davon auszugehen, dass das wieder zur Einleitung kommende Wasser sauber und frei von schädlichen Stoffen, entsprechend dem Entnahmestand bleibt.

Es wird die Genehmigung zur Wiedereinleitung von voraussichtlich 7.800 m³ Druckprüfungswasser in den Neckar beantragt.

3 Antrag auf Befreiung von Verboten in Wasserschutzgebieten gemäß WHG / WG BW

Die Vorhabenträgerin beantragt hiermit, zwecks der Durchführung der zur Errichtung der SEL erforderlichen Bauarbeiten die Befreiung von den gesetzlich oder in den einzelnen Schutzgebietsverordnungen der vom Bau der SEL tangierten Wasserschutzgebiete enthaltenen Verboten.

3.1 Allgemeines

Unter Berücksichtigung der aufgeführten Schutzmaßnahmen in Bezug auf die ebenfalls genannten Risiken für die Unversehrtheit des Grundwasserkörpers in Wasserschutzgebieten und unter Inbezugnahme der Ergebnisse UVP-Prüfung (UVP-Bericht, Teil E, Anlage 10) sowie dem Fachbeitrag EU-WRRL (Teil E, Unterlage 15) wird hiermit die Befreiung von den Verboten in Wasserschutzgebieten beantragt.

Der Antrag bezieht sich auf die Befreiung von gesetzlichen Verboten wie auch solchen aus Rechtsverordnungen der betroffenen Landkreise für die engeren und weiteren Schutzzonen der einzelnen tangierten Wasserschutzgebiete.

3.2 Zu querende Wasserschutzgebiete

Im Rahmen der Verlegung der Süddeutschen Erdgasleitung werden verschiedene Wasserschutzgebiete gequert.

Die Lage der Wasserschutzgebiete ist dem vorliegenden Planwerk zu Teil E, Unterlage 10 (UVP-Bericht) zu entnehmen.

Im Folgenden sind die Betreffenden Wasserschutzgebiete tabellarisch aufgeführt.

Tabelle 1: Liste der durch die SEL gequerten Wasserschutzgebiete (WSG)

WSG-Nr.	WSG Name	Schutzzone
222039	WSG-039-Mannheim-Käfertal MVV RHE AG	III B
226045	GWV Obere Bergstraße, Heddeshelm	III und III A
226044	WGV Lobdengau, Ladenburg	I und II
226222	WW Edingen I und Edingen II, WV Neckargruppe	III und III A
221030	WSG 221030 WW Rauschen Stadtbetriebe Heidelberg	III und III A
222031	WSG-031-WW Rheinau Rhein-Neckar AG MA	III B
226103	Ochsenbachquelle, Brunnen Baiertal Wiesloch-Schatthausen/Baiertal	III und III A
226015	Tiefbrunnen Lobbachtal Meckesheim	III B
226013	Hetzenlochquelle Eschelbronn	III und III A
226208	ZV Unterer Schwarzbach, Waibstadt Brunnen Waibstadt, Epfenbach, Helmstadt, Neckarbischofsheim	III und III A
226009	Brunnen Gewann Sauberg Helmstadt-Bargen, OT-Bargen	III B

3.3 Technische Schutzmaßnahmen

Die folgenden Risiken wurden im Rahmen der Genehmigungsplanung identifiziert:

- Eintrag von Stoffen, die die Wasserqualität gefährden
- Mobilisierung vorhandener Kontaminationen
- ungewollte Drainagewirkung des Rohrgrabens

Um den o.g. Risiken entsprechend zu begegnen sind die folgenden Maßnahmen, unter Anpassung an die Geländetopographie, die örtliche Hydrogeologie sowie an die Trassenlage, zweckmäßig.

Anpassung der geplanten Bauzeiten

Die Bauzeit wird gemeinsam mit der Umweltplanung an die zum Ausführungszeitpunkt zu erwartende Witterung angepasst

Die Bauarbeiten werden möglichst nur bei trockener Witterung und nach Möglichkeit im Sommerhalbjahr durchgeführt und sind bei länger anhaltenden Schlechtwetterperioden einzustellen.

Verstärkte Ummantelung der Pipelinerohre

Um den Einbau von fremdem Bodenmaterial zu vermeiden, sollen Rohre mit einer zusätzlichen Faserzementummantelung verwendet werden. Der Schutz der Rohrumhüllung ist dann in der Regel selbst bei felsigem Baugrund auch ohne eine allseitige Sandeinbettung gewährleistet.

Aufbereitung des Bodenaushubs zur Rohrgrabenverfüllung

Eine weitere Maßnahme um die Verwendung fremden Bodenmaterials auszuschließen ist die Aufbereitung mittels Siebung oder Brechen der Aushubmassen um eine feinkörnige Rohrgrabenfüllung zu realisieren.

Einbau von Tonriegeln

Zur Vermeidung einer baubedingten Erhöhung der Wasserzügigkeit entlang der Rohrleitung wird in der Regel das Aushubmaterial ggf. nach einer Aufbereitung lagenweise wieder eingebaut und verdichtet. Darüber hinaus werden, um falls erforderlich eine Drainagewirkung des Rohrgrabens zu unterbrechen, Tonriegel quer zur Leitungsachse vorgesehen.

Einrichtung und Rückbau von Grundwasserhaltungen

Zur Absenkung des Grundwasserspiegels werden bei Bedarf ausschließlich Spülfilter oder Brunnen eingesetzt, die nach der Leitungsverlegung kontrolliert zurückgebaut und mittels Quellton verfüllt werden, um eine vertikale Abdichtung zum dauerhaften Grundwasserschutz sicherzustellen. Die Einleitung des geförderten Wassers erfolgt nach einer Trübstofffilterung in die offene Vorflut. Die verantwortliche Fachbauleitung vor Ort kontrolliert und dokumentiert kontinuierlich die Einhaltung der behördlich genehmigten Entnahme- und Einleitmengen des geförderten Grundwassers sowie den einwandfreien Zustand der technischen Einrichtungen wie beispielsweise der Pumpenaggregate und Auffangvorrichtungen.

Gerätewartungs- und Betankungsaufgaben

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Auflagen zu beachten. Eingesetzt werden dürfen nur biologisch abbaubare Hydrauliköle. Das Betanken von selbst fahrenden Geräten und Maschinen darf nicht innerhalb der Wasserschutzzone II erfolgen. Die Betankung von Kettenfahrzeugen lässt sich im Bereich von Wasserschutzzonen II nicht immer vermeiden, da diese i.d.R. großen Abmessungen aufweisen. Es erfolgt die Betankung auf temporär errichteten Betankungsplätzen, die mit festen Folien abgedichtet werden. Ortsfeste Aggregate und Pumpen werden in Auffangwannen aufgestellt und die Betankung mit äußerster Sorgfalt durchgeführt. Eingetretene Verunreinigungen sind unverzüglich zu sichern und in Abstimmung mit der Fachbehörde zu entfernen. Ölbindemittel sind vorzuhalten.

Kontrolle der Grundwasserschutzmaßnahmen

Die verantwortliche Fachbauleitung ist ständig vor Ort und kontrolliert die Einhaltung sämtlicher Auflagen und Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers. Die Ergebnisse der Kontrolle werden schriftlich dokumentiert und der zuständigen Fachbehörde auf Verlangen zur Verfügung gestellt.

Personalschulung und -unterweisung

Das auf der Baustelle eingesetzte Personal wird vor Baubeginn sorgfältig durch die verantwortliche Bauleitung zur Einhaltung der Schutzmaßnahmen unterwiesen. Das eingesetzte Personal wird verpflichtet, die Auflagen und Einschränkungen strikt einzuhalten.

Meldekette, Notfallpläne, Sofortmaßnahmen

Notfallpläne mit den zugehörigen Meldekette und Sofortmaßnahmen werden im Vorfeld der Baumaßnahme durch den Sicherheitsbeauftragten des Vorhabenträgers sowie des beauftragten Unternehmens erarbeitet und an die örtlichen Gegebenheiten angepasst. Hierbei werden die zuständigen Fachbehörden einbezogen.

4 Antrag auf Befreiung von Verboten in Überschwemmungsgebieten nach WHG / WG BW

Die Vorhabenträgerin beantragt hiermit, zwecks der Durchführung der zur Errichtung der SEL erforderlichen Bauarbeiten die Befreiung von gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Verboten von Arbeiten in Überschwemmungs- resp. Hochwassergebieten.

4.1 Angaben zu Überschwemmungsgebieten

Im Rahmen der Verlegung der SEL im PFA II werden die folgend aufgeführten Überschwemmungsgebiete gequert:

Tabelle 2: Tabellarische Darstellung der vom Trassenverlauf der SEL gequerten Überschwemmungsgebiete

Landkreis	von km	bis km	Überschwemmungsgebiet
Rhein-Neckar-Kreis	212+000	212+400	ÜSG Neckar - 570221000001
Rhein-Neckar-Kreis	322+400	332+800	ÜSG Elsenz 1. Ordnung, RNK - 570226000005

Die Lage der Überschwemmungsgebiete ist der aus dem vorliegenden Planwerk zu Teil E, Unterlage 10.3 (UVP-Bericht zum Schutzgut Wasser) stammt.

4.2 Arbeiten innerhalb der Überschwemmungsgebiete

Eine Ausnahmegenehmigung kann nur erteilt werden, wenn gemäß des § 78 (5) WHG

- die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verlorengehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
- den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
- den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
- hochwasserangepasst ausgeführt wird.

Die Bauarbeiten zur Realisierung der SEL erfolgen in den betreffenden Bauabschnitten nach Möglichkeit innerhalb von Zeiträumen mit geringer Überflutungswahrscheinlichkeit. Es erfolgt eine kontinuierliche Beobachtung ggf. vorhandener Pegel und der Gesamtwetterlage.

Der Oberboden im Arbeitsstreifen wird voraussichtlich abgetragen und in Fließrichtung des Wassers in Mieten abgelegt um einen Abfluss des Wassers im Bereich der Vorländer zu ermöglichen. Im Bereich des Arbeitsstreifens werden zum weiteren Schutz des Bodens Maßnahmen zum Bodenschutz, wie z. B. das Auslegen von Lastverteilungsplatten, umgesetzt.

Die Aggregate und Maschinen werden, sofern möglich, mit biologisch abbaubaren Betriebs- und Schmierstoffen betrieben.

Die Kreuzung des Neckars und der Elsenz ist im Microtunneling-Verfahren geplant, sodass ein Öffnen der Gewässersohle sowie der Uferbereiche ausbleibt. Die hydrogeologische Situation bleibt bei o.g. Verfahren in Kombination mit wasserdicht hergestellten Baugruben, aufgrund der ausbleibenden Wasserhaltung, ungestört.

Es ergeben sich nach derzeitiger Planung keine signifikanten Abflusshindernisse im Grund- oder Oberflächenwasser.

Durch die Verfüllung des Rohrgrabens gegebenenfalls entstehende Wasserwegigkeiten werden durch Riegeleinbau mit bindigem Material verhindert.

Das Gelände wird nach der Leitungsverlegung wieder fachgerecht rekultiviert. Es erfolgt keine Überhöhung des Geländes. Gegebenenfalls anfallender Überschussboden wird abgefahren.

Vor Aufnahme der Arbeiten wird mit der zuständigen Behörde ein entsprechendes Räumkonzept – auch für arbeitsfreie Tage – sowie Notfallpläne für den Hochwasserfall mit den zugehörigen Meldekettten abgestimmt.

Die verantwortliche Fachbauleitung vor Ort kontrolliert und überwacht die Einhaltung der behördlichen Auflagen.

5 Antrag auf Erteilung von Genehmigungen für die Querung von Gewässern und deren Gewässerrandstreifen gemäß WHG / WG BW

Die Vorhabenträgerin beantragt hiermit die Genehmigung zur Querung von Gewässern und deren Gewässerrandstreifen gemäß Wasserhaushaltsgesetz und Wassergesetz Baden-Württemberg zur Durchführung der zur Errichtung der SEL erforderlichen Bauarbeiten.

5.1 Zu kreuzende Gewässer

Grundsätzlich ist gemäß § 36 WHG i.V.m. §§ 4, 14, 28, 29 WG Baden-Württemberg eine Genehmigung für „Anlagen in, an, unter und über Gewässern“ zu beantragen, und zwar für die Herstellung wie auch für die wesentliche Änderung von Anlagen. Hierzu sind auch Aufschüttungen oder Abgrabungen in und an oberirdischen Gewässern zu zählen. Dies gilt auch und insbesondere für temporäre Baumaßnahmen im Zuge der Errichtung der Leitung wie etwa Überfahrten, Brücken, zeitweiliges Spunden, usw. Für die nachstehend tabellarisch in Richtung Nordwest nach Südost – der Trassenführung folgend – klassifizierten Gewässer, die im Zuge der Errichtung der SEL im PFA II gekreuzt werden, ist insoweit eine Genehmigung für die durchzuführenden Arbeiten zu beantragen:

Tabelle 3: Übersicht der im Zuge der Errichtung der SEL im PFA II zu kreuzenden Gewässer (Quelle: DMT ES)

Gewässerbezeichnung	GWZ	Gew.-KI.	Bauweise	Nutzung	Gemarkung	Stationierung
Kanzelbach		W-II	geschlossen	Bach	Ladenburg	
Loosgraben		W-II	geschlossen	Bach	Ladenburg	
Rombach		W-II	geschlossen	Bach	Dossenheim	
Neckar		W-I	geschlossen	Fluss	Dossenheim	
Riegelsbach		W-II	offen	Bach	Gauangelloch	
Gauangelbach		W-II	geschlossen	Bach	Gauangelloch	
Diebslochgraben		W-II	offen	Grünland	Schatthausen	
Beckersbrunnlegraben		W-II	offen	Graben	Mauer	
Elsenz		W-II	geschlossen	Fluss	Meckesheim	
Brunnenbächel		W-II	offen	Graben	Mönchzell	
Lobbach		W-II	geschlossen	Bach	Mönchzell	
Spechbach		W-II	geschlossen	Bach	Spechbach	
Epfenbach		W-II	offen	Bach	Epfenbach	
Laubwiesengraben		W-II	offen	Graben	Epfenbach	
Auerbach		W-II	offen	Grünland	Epfenbach	
Schwarbach		W-II	geschlossen	Bach	Helmstadt	
Wollenbach		W-II	geschlossen	Grünland	Flinsbach	
Forstbach		W-II	offen	Grünland	Helmstadt	
Gaulbach		W-II	offen	Graben	Bargen	
Kemmertgrund		W-II	offen	Graben	Bargen	
Oberer Hohengraben		W-II	offen	Graben	Kälbertshausen	
Weidelterngraben		W-II	offen	Bach	Hüffenhardt	
Gesteingraben		W-II	offen	Graben	Hüffenhardt	
Wollengraben		W-II	geschlossen	Graben	Hüffenhardt	

Die Querungen sind einzeln in den Lageplänen unter Teil C Unterlage 7.1 dargestellt. Hieraus ergibt sich die Lage der geplanten Leitung im Querungsbereich mit Arbeitsstreifen.

Teil C Unterlage 7.3 können die zugehörigen Typicals entnommen werden.

5.2 Bauweisen

Grundsätzlich sind im Zuge der Errichtung einer Gashochdruckleitung wie der SEL bei zu querenden Infrastrukturen sowohl eine offene wie auch eine geschlossene Kreuzung der jeweiligen Infrastruktureinrichtung denkbar. Unterschiede im Hinblick auf die Durchführung der Baumaßnahmen ergeben sich aufgrund der zu kreuzenden Einrichtung etwa wegen des vorhandenen Mediums wie bei einem Gewässer das Fließen des Wassers. Daher stellen sich die vorzunehmenden Gewässerkreuzungen wie folgt dar:

5.2.1 Offene Gewässerquerungen

Bei einer offenen Gewässerquerung kleinerer bis kleiner Gewässer kann neben einer Verrohrung eines Gewässers als Bauverfahren – bei geringer Wasserführung – auch ein kurzzeitiger Aufstau des Gewässers in Betracht gezogen werden.

Aufstau von Gewässern

Soweit bei vorhandenen Gräben/Bäche eine erforderliche Querung offen erfolgen soll, ist vorgesehen, die Querungsstelle mittels einer Spundwand temporär zu spunden, und zwar jeweils durch Einbringen einer Spundwand oberstromig und unterstromig. So kann der Wasserfluss kurzzeitig unterbunden und ohne weiteres wiederhergestellt werden. Erforderlichenfalls kann je nach Wasserstand und Durchfluss des Grabens/Baches ein Überpumpen des Wassers in den Bereich unterstromig der Spundung erfolgen.

Bei einem Umpumpen von Gräben-/Bachwässern wird entlang des Randes der Querung eine Grundwasserhaltung zur Trockenhaltung des Rohrgrabens eingerichtet. Die Einleitung der Wässer erfolgt sodann an den dafür vorgesehenen Einleitungsstellen in die entsprechenden Vorfluter (Gräben/Bäche). Weiterhin kann im Bedarfsfalle Wasser aus der Wasserhaltung gesammelt an den beantragten Einleitungsstellen abgeleitet werden, etwa soweit dies aus technischen Gründen notwendig ist.

Verrohrung von Gewässern

Zwecks Verrohrung von Gewässern wird im Bereich einer geplanten Gewässerquerung vor Öffnung des Rohrgrabens das Gewässer mit einem Rohr gefasst. Dadurch kann der geöffnete Rohrgraben vollständig mit der Verrohrung überspannt und die Gasleitung, sprich das/die für die jeweilige Querung des Gewässers zu verlegende/n Rohr/e unter dem verrohrten Gewässer durchgezogen werden.

Überfahrten über Gewässer

Wird im Bereich des Arbeitsstreifens eine Überfahrt über ein Gewässer zum Betreiben der Baustelle für Baufahrzeuge erforderlich, wird eine solche in der Regel mittels eines Rohres hergestellt: Dabei wird zur Gewährleistung des Durchflusses für die erforderliche Bauzeit ein Rohr in das Gewässerbett eingebracht. Die Querungsstelle, resp. das eingebrachte Rohr wird anschließend zwecks Befahrbarkeit mit Erde überdeckt. Nach Beendigung der Baumaßnahme erfolgt ein vollständiger Rückbau; das Gewässerprofil wird entsprechend dem Ausgangszustand wieder profiliert und im Zuge der Rekultivierung angelegt.

Die abschließende Festlegung des Querungsverfahrens der einzelnen Gewässer wie auch deren Detailplanung erfolgt während der Bauphase. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass hierzu zum einen die dann herrschenden Abflussverhältnisse zu berücksichtigen sind, wodurch – zum anderen – wiederum diejenige Bauweise gewählt werden kann, die zu dem kleinstmöglichen ökologischen und hydrologischen Eingriff in das Gewässer führt. Details können hierzu d vor Baubeginn mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde abgestimmt werden.

Bei offenen Querungen untergeordneter Gewässer ist in der Regel mit einer Dauer der Arbeiten 1 bis 7 Tagen zu rechnen. Dabei sind stets die zum Zeitpunkt der Baumaßnahme herrschenden hydrologischen Verhältnisse in Betracht zu ziehen, heißt mit diesen kann die Dauer der Arbeiten variieren. Eine randlich zur Trockenhaltung des Rohrgrabens erforderliche Wasserhaltung ist auf die örtlichen hydrogeologischen Verhältnisse auszulegen.

Abweichungen in der Bauabwicklung aufgrund unvorhergesehener Verhältnisse können ebenfalls zu Abweichungen im Bauablauf führen.

5.2.2 Geschlossene Gewässerquerungen

Geschlossene Gewässerquerungen werden in der Regel mittels Bohr-/Pressverfahren durchgeführt. Hierzu ist die Erstellung von Start- und Zielgruben mit ggf. erforderlicher Wasserhaltung erforderlich.

Zum ganz überwiegenden Teil – wie aus Teil C Unterlage 6.1 ersichtlich – sollen von der Trassenführung der SEL im PFA II zu querenden Gewässer geschlossen gekreuzt werden.

Auch hier erfolgt die Detailplanung im Zuge der dem Planfeststellungsverfahren nachfolgenden Ausführungsplanung.

Die im Rahmen der Errichtung der SEL im PFA II vorgesehenen geschlossenen Bauweisen sind in Teil C Unterlage 7.3 der Planfeststellungsunterlagen in Form von Regelquerschnitten, sog. Typicals, dargestellt.

6 Antrag auf Befreiung von Verboten in Schutzgebieten nach BNatSchG und NatSchG BW

Es wird beantragt, die Vorhabenträgerin bzw. die von ihr mit der Ausführung der für die Errichtung des Teilabschnittes SEL PFA II beauftragten Dritten von den einzelnen, nachstehend aufgeführten und in den einzelnen Schutzgebietsverordnungen enthaltenen Verboten zu befreien bzw. die entsprechenden Arbeiten zu erlauben.

6.1 Naturschutzgebiete - NSG

Durch den Trassenverlauf und den Arbeitsstreifen werden keine Naturschutzgebiete unmittelbar tangiert oder geschnitten.

6.2 Landschaftsschutzgebiete - LSG

Die folgend tabellarisch aufgeführten Landschaftsschutzgebiete werden von der geplanten Trassenführung gequert:

Tabelle 4: Vom geplanten Trassenverlauf der SEL im PFA II berührten oder gequerten Landschaftsschutzgebiete

Bezeichnung	LSG-Nr.	Kreis
Bergstraße - Mitte	2.21.001	Heidelberg (Stadt)
Unterer Neckar: Zwischen Heidelberg und Ladenburg	2.21.002	Heidelberg (Stadt)
Straßenheimer Hof	2.22.018	Mannheim
Bergstraße - Süd	2.26.048	Rhein-Neckar-Kreis
Unteres und mittleres Elsenzthal	2.26.049	Rhein-Neckar-Kreis

Bergstraße – Mitte - LSG Nr. 2.21.001- Heidelberg (Stadt)

Gemäß Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 15.01.1973 ist Schutzgegenstand des Landschaftsschutzgebietes „Bergstraße-Mitte“ u.a. der Bereich östlich des bebauten Teils von Rohrbach gelegene Bereich (§ 2 Abs. 2 b) cc) der SchutzGVO), den das Leitungsvorhaben der Vorhabenträgerin quert.

Pauschal sind gemäß § 3 der Verordnung „Änderungen verboten, welche die Landschaft verunstalten oder die Natur schädigen oder den Naturgenuss beeinträchtigen.“

Insofern sind alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Schutzzwecken zuwiderzulaufen, gem. § 4 der Verordnung verboten und bedürfen der Erlaubnis, so auch die Errichtung von unterirdischen Leitungen (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 der SchutzGVO).

Unterer Neckar: Zwischen Heidelberg und Ladenburg - LSG Nr. 2.21.002 - Heidelberg (Stadt)

Von dem mit der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 17.12.1986 insgesamt umfassten und so bezeichneten Gebiet „Unterer Neckar“ ist durch die Maßnahme der Vorhabenträgerin der gem. § 2 Abs. 8 der Schutzgebietsverordnung ausgewiesene Bereich des Neckar vom Wehr Heidelberg-Wieblingen bis zum Wehr Ladenburg als Landschaftsschutzgebiet

geschützt, in dem die Leitung der Vorhabenträgerin unmittelbar westlich des Neckarkanal den Neckar quert.

Der Schutzzweck der geschützten Bereiche richtet sich insbesondere auf

1. *„die Ausweisung und Erhaltung der für die Naturschutzgebiete wichtigen Puffer- und Ergänzungszonen;*
2. *die Sicherung ökologischer Grund- und Ausgleichsfunktionen, insbesondere die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Naturgüter Boden, Wasser und Luft;*
3. *die Förderung, Erhaltung und die Wiederherstellung erholungswirksamer Landschaftsstrukturen und ihrer Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für die Allgemeinheit.“*

Gemäß § 7 sind Verbote in den Landschaftsschutzgebieten:

In den Landschaftsschutzgebieten sind alle Handlungen verboten, die den Charakter der Gebiete verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

So benötigen insbesondere auch Arbeiten zur Errichtung einer unterirdischen Leitung der Erlaubnis (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 der SchGVO).

Straßenheimer Hof - 2.22.018 – Mannheim

Gemäß § 3 der Verordnung der Stadt Mannheim vom 19.01.2007 ist „*Schutzzweck der Landschaftsschutzgebiete:*

- *Sicherung des Freiraumes als Grünstreifen, als Kaltluftentstehungsgebiet und als Frischluftschneise unter Beibehaltung der derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzung, jedoch mit Auflockerung des landwirtschaftlichen Gefüges im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen;*
- *Erhaltung und Entwicklung der Strukturvielfalt, der Nischenqualität, der Rückzugsräume und Nahrungsgrundlagen vieler Arten. Eine Verbesserung der Lebensraumgefüge mittels Biotopvernetzungsmaßnahmen bildet die Grundlage zur Anreicherung des Artenspektrums und der Individuenzahl;*

- *Erhaltung und Entwicklung der siedlungsnahen Landschaft in ihrer charakteristischen, kulturlandschaftlichen Erscheinungsform, um diese auch als Lebens- und Erholungsraum für die Bevölkerung langfristig zu sichern und zu fördern.*
- *Schaffung von günstigen Lebensbedingungen zur Förderung und Erhaltung des Lebensraumes für den Feldhamster und als Trittstein für die Vernetzung mit regionalen Feldhamstervorkommen in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft unter Beibehaltung der landwirtschaftlichen Nutzung.“*

Dementsprechend sind gemäß § 4 der SchGVO mit einem Erlaubnisvorbehalt gem. § 5 der SchGVO „in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. *der Naturhaushalt geschädigt wird;*
2. *die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;*
3. *eine im Sinne des § 3 geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird;*
4. *das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt wird;*
5. *die Bedingungen zur Förderung und Erhaltung des Lebensraumes des Feldhamsters erheblich beeinträchtigt werden;*
6. *der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.“*

Neben der Befreiung von dem Verbot, „die Bedingungen zur Förderung und Erhaltung des Lebensraumes des Feldhamsters erheblich“ (zu beeinträchtigen), bedürfen der Erlaubnis gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung daher insbesondere die Errichtung von Leitungen (Abs. 2 Nr. 3) wie auch u.a. einzelne Bäume zu beseitigen (Abs. 2 Nr. 1).

Die Vorhabenträgerin hat die vorgelegte Trassierung im Bereich der Feldhamsterhabitate im Einvernehmen mit dem Institut für Faunistik (IFF), Heiligkreuzsteinach, Herrn Dr. Weinhold, in einem mehrstufigen Annäherungsprozess entwickelt, in dem mehrmals Varianten entwickelt und wieder verworfen wurden, um am Ende eine Trassierung zu wählen, die sowohl einen möglichst geringen Eingriff in die vorhandenen Feldhamsterhabitate mit sich bringt wie auch die landwirtschaftlichen Flächen und vorhandenen Biotopstrukturen möglichst wenig beeinträchtigt. Es kommt daher allenfalls während der Bauphase zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der in der Verordnung niedergelegten Schutzzwecke, die durch bauliche Koordination so gering wie möglich gehalten wird.

Bergstraße – Süd - 2.26.048 - Rhein-Neckar-Kreis

Aufgrund des Schutzzweckes der Schutzgebietsverordnung des Rhein-Neckar-Kreises vom 26.05.2005 liegt der Schutzzweck des LSG „Bergstraße Süd“ gemäß § 3 der SchGVO insbesondere darin,

„die historisch gewachsene Kulturlandschaft sowie die rekultivierte und renaturierte Steinabbau- und Bergbaufolgelandschaft mit wertvollen Sekundärlebensräumen an der landschaftlich prägnanten Schnittstelle der Naturräume Hardtebenen, Bergstraße, Sandstein-Odenwald und Kraichgau

- in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft,*
- in ihrem besonderen Erholungswert für die Allgemeinheit im Umfeld eines Ballungsraumes,*
- in ihrer Funktion als Lebensraum für eine Vielfalt gebietstypischer Tier- und Pflanzenarten und*
- in ihrer Nutzungsfähigkeit der Naturgüter zu erhalten und zu fördern.“*

Dementsprechend umfasst die Verordnung gemäß § 4 mit einem Erlaubnisvorbehalt gem. § 5 der SchGVO versehenen Verbote, *„alle Handlungen verboten, die den Charakter*

des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere,

wenn dadurch

- 1. der Naturhaushalt geschädigt wird;*
- 2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;*
- 3. eine im Sinne des § 3 geschützten Flächennutzung auf Dauer geändert wird;*
- 4. das Landschaftsbild nachhaltig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt wird;*
- 5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.*

Unteres und mittleres Elsenzthal - LSG Nr. 2.26.049 - Rhein-Neckar-Kreis

Die in das Umland eingeschnittene Flusslandschaft, bestehend aus einer Abfolge von Engtalstrecken und Talweitungen, mit Flussauen, Talflanken, Seitentälern und einzelnen, optisch markant in die Flusslandschaft hineinwirkenden Erhebungen; Klingen, Hohlwege, Steilhänge, Böschungen und Terrassen; ein Fließgewässersystem aus Flüssen, Bächen und Gräben mit Kraut- und Gehölzsäumen, Ackerfluren, durchsetzt mit Feldgehölzen, Hecken, Gebüsch, Bäumen und Baumreihen, einzelne, großflächige Wiesenareale und Obstbaumbestände, Laubmischwälder auf Kuppen und Steilhängen; ökologisch notwendiger Ergänzungsraum für die Naturschutzgebiete und flächenhafte Naturdenkmale und ihrer Tierwelt, insbesondere durch Erhaltung der landschaftlichen und ökologischen Einheit des Elsenztales; hoher Erholungswert.

Wie dargelegt werden durch die unterirdische Verlegung der Erdgasleitung insgesamt keine nachhaltigen und sichtbaren Veränderungen der Landschaft oder nachhaltige Beeinträchtigungen der Natur oder deren Nutzungsfähigkeit eintreten.

Die beanspruchten Flächen werden zum ganz überwiegenden Teil nach dem Bau der Leitung soweit als möglich wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt. Bestockungsfrei muss nach der Errichtung der Leitung im Bereich von Gehölzen nur ein 6 m breite Schutzstreifen gehalten werden, soll heißen in den wenigen Bereichen, in denen die Leitung Gehölzstrukturen quert, können jeweils 2,5 m rechts und links der Leitung nicht wieder angepflanzt werden. Eine Bepflanzung des übrigen Arbeitsstreifens ist vorgesehen, soweit diese zur Einrichtung des Arbeitsstreifens entfernt werden musste. Ein weitgehender Lückenschluss der Gehölzschneisen durch die Kronenausbildung der Baumarten und durch die am Rande des gehölzfrei zu haltenden Schutzstreifens angepflanzten Sträucher/Bäume ist nach einer Entwicklungsdauer von einigen Jahren gegeben. Gefällte Obstbäume in Streuobstwiesen werden mit Ausnahme des gehölzfrei zu haltenden Streifens durch neue Bäume innerhalb des Arbeitsstreifens oder im direkten Umfeld in Abstimmung mit dem Eigentümer wieder ergänzt. Bereits in der Planungsphase wurde seitens der Vorhabenträgerin Wert darauf gelegt, ein Durchschneiden von zusammenhängenden Streuobstbeständen zu vermeiden (z.B. in Mönchzell durch Umfahrung der im Salzberggraben gelegenen alten Streuobstbestände wie auch einer Trassenverschiebung südlich Spechbach). Zur Ergänzung im Zuge der Errichtung der Leitung zu entnehmender einzelner Streuobstbäume sind vor Ort trassennah vorhandene Lücken nutzbar.

Neuaufforstungen und Waldumwandlungen sind im Bereich der LSGs nicht vorgesehen.

Des Weiteren sind spezifische Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen geplant, um mögliche Umweltschäden im Bereich von Gewässerquerungen, von Gehölzen und blütenreichen Wiesen zu vermeiden.

Die in Anspruch genommenen Böden und Schichtungen werden lagegetreu wieder eingebaut und der Oberboden wieder aufgetragen, so dass die bisherigen Nutzungen und Bepflanzungen wieder möglich sind.

Baumaterialien, Fahrzeuge und Lagerflächen innerhalb des Arbeitsstreifens werden nach Abschluss der Bauphase wieder entfernt.

Der Schutzzweck zur Sicherung des Landschaftspotenzials des kulturlandschaftlich geprägten Gebietes zur Erhaltung des Gebietes mit überwiegend ackerbaulich genutzten Flächen mit gliedernden Gehölzstrukturen bleibt erhalten. Die Erhaltung der abwechslungsreichen Kulturlandschaft für die Naherholung bleibt ebenfalls gewährleistet.

Die Inanspruchnahme von Flächen innerhalb der Landschaftsschutzgebiete ist nicht zu vermeiden. Bei der Trassierung der Antragstrasse für das Planfeststellungsverfahren hat die Vorhabenträgerin die Prüfaufträge aus dem Raumordnungsverfahren umgesetzt. Weder in rechtlicher Hinsicht noch mit Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten sind Anhaltspunkte ersichtlich, die bezüglich der gewählten Trassenführung eine andere Beurteilung nahelegen würden. Bei Prüfung der kleinräumigen Varianten wurde stets die raumverträglichste Trassenführung ausgewählt.

Die Befreiungstatbestände der § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) wie auch § 54 LNatSchG BW treffen aufgrund der vorstehenden Ausführungen für den geplanten Neubau der SEL aus gutachterlicher Sicht insgesamt zu.

Es wird beantragt, die Vorhabenträgerin bzw. die von ihr mit der Ausführung der für die Errichtung des Teilabschnittes SEL PFA II beauftragten Dritten von den einzelnen, oben aufgeführten und in den einzelnen Schutzgebietsverordnungen enthaltenen Verboten zu befreien bzw. die entsprechenden Arbeiten zu erlauben.

6.3 Vogelschutzgebiete - VSG

Durch den Trassenverlauf und den Arbeitsstreifen werden keine Vogelschutzgebiete unmittelbar tangiert oder geschnitten.

6.4 Naturdenkmale

Durch den Trassenverlauf und den Arbeitsstreifen werden keine Naturdenkmale unmittelbar berührt.

6.5 Gesetzlich geschützte Biotope

Die folgend – als Ergebnis einer durchgeführten Biotoptypenkartierung – tabellarisch aufgeführten und in Teil 10 UVP Bericht Unterlage 10.2 dargestellten gesetzlich geschützten Biotope werden von der geplanten Trassenführung gequert:

Tabelle 5: Vom geplanten Trassenverlauf der SEL im PFA II berührten oder gequerten gesetzlich geschützte Biotope (Quelle: Bosch und Partner)

Biotop- typen- code	Betroffene Biotoptypen	Sanierungsmaßnahme, Bezeichnung und Flächengröße
12.10	Naturnaher Bachabschnitt	Wiederherstellung von Gewässern
33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der Tieflagen	Wiederherstellung von Wiesen und Weiden
33.43	Magerwiese mittlerer Standorte	Wiederherstellung von Wiesen und Weiden
34.51	Ufer-Schilfröhricht	Wiederherstellung von Röhrichtbeständen
34.52	Land-Schilfröhricht	Wiederherstellung von Röhrichtbeständen
35.20	Saumvegetation trockenwarmer Standorte	Wiederherstellung von Saum-vegetation, Dominanzbestände, Hochstauden- und Schlagfluren, Ruderalvegetation
41.10 ²	Feldgehölz	Entwicklung von Ruderalvegetation im Bereich des von Gehölzen frei zu haltenden Streifens
		Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch
41.20 ²	Feldhecke	Entwicklung von Ruderalvegetation im Bereich des von Gehölzen frei zu haltenden Streifens
		Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch
41.22 ²	Feldhecke mittlerer Standorte	Entwicklung von Ruderalvegetation im Bereich des von Gehölzen frei zu haltenden Streifens
		Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch
45.30c ¹		Wiederherstellung von Wiesen und Weiden

Unterlage 8 – Mitzuentscheidende Genehmigungen, Zulassungen, Befreiungen

	Alleen, Baumreihen, Baumgruppen und Einzelbäume auf mittel- bis hochwertigen Biototypen	Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch
45.40a ¹	Streuobstbestand auf sehr gering- bis geringwertigen Biototypen	Wiederherstellung von Wiesen und Weiden
		Wiederherstellung von Äckern, Sonderkulturen und Feldgärten
		Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch
45.40b ¹	Streuobstbestand auf mittelwertigen Biototypen	Wiederherstellung von Wiesen und Weiden
		Wiederherstellung von Saum-vegetation, Dominanzbestände, Hochstauden- und Schlagfluren, Ruderalvegetation
		Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch
45.40c ¹	Streuobstbestand auf mittel- bis hochwertigen Biototypen	Wiederherstellung von Wiesen und Weiden
		Wiederherstellung von Gehölz-beständen und Gebüsch

Die nicht mit „1“ oder „2“ gekennzeichneten Biotope werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt.

Die mit „1“ oder „2“ gekennzeichneten Biotope werden außerhalb des von Gehölzen frei zu haltenden Streifens ebenfalls mit Wiederherstellungsmaßnahmen gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt. Im Bereich des von Gehölzen frei zu haltenden Streifens ist eine Wiederherstellung nicht möglich.

Der Arbeitsstreifen quert an den aufgelisteten Stellen insbesondere geschützte Hecken, Streuobstwiesen, bachbegleitende Auwälder und naturnahe Fluss- und Bachläufe.

Während der Bauphase finden temporär Eingriffe in diese Biototypen statt. Es ist mit Verlusten auf einer Breite von 34 m Breite bei normalem und auf 24 m Breite bei eingeschränktem Arbeitsstreifen zu rechnen.

Insgesamt werden durch die unterflur erfolgende Verlegung der Erdgasleitung keine nachhaltigen und sichtbaren Veränderungen der Biotope eintreten.

Die beanspruchten Flächen werden ganz überwiegend, mit Ausnahme des gehölzfrei zu haltenden Streifens (6 m Breite), nach dem Bau der Leitung wieder in ihren Ursprungszustand versetzt. Eine dem Ursprungszustand entsprechende Bepflanzung des übrigen Arbeitsstreifens ist im Zuge der Rekultivierung vorgesehen. Ein weitestgehender Lückenschluss der Gehölzschneisen durch die Kronenausbildung der Baumarten und durch die im Randbereich des gehölzfrei zu haltenden Schutzstreifens angepflanzten Sträucher/Bäume ist nach einer Entwicklungsdauer von einigen Jahren gegeben. Insbesondere bei Inanspruchnahme von Ufergehölzen kann der Arbeitsstreifen wieder vollständig mit Bäumen sowie - innerhalb des gehölzfrei zu haltenden Streifens - mit Sträuchern lückenlos bepflanzt werden. Gefällte Obstbäume in Streuobstwiesen werden mit Ausnahme des gehölzfrei zu haltenden Streifens in Abstimmung mit dem Eigentümer durch neue Bäume innerhalb des Arbeitsstreifens oder im direkten Umfeld wieder ergänzt. Hierbei sind vorhandene Lücken nutzbar.

Des Weiteren kommen spezifische Schutzmaßnahmen zum Einsatz, um mögliche Umweltschäden z.B. im Bereich von Gewässerquerungen, von Gehölzen und artenreichen Mähwiesen zu vermindern oder zu vermeiden.

Nach gutachterlicher Einschätzung sind erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen. Das Eintreten eines Verbotstatbestandes nach § 30 BNatSchG kann insgesamt ausgeschlossen werden.

Hiermit wird für die im Zuge der Errichtung der Süddeutschen Erdgasleitung beschriebenen durchzuführenden Arbeiten die Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG (§ 54 NatSchG) von den Geboten und Verboten der oben aufgeführten gesetzlich geschützten Biotope beantragt.

7 Antrag nach Landeswaldgesetz BW

Für die in den Kapiteln 7.1 sowie 7.5 beschriebenen Schutz-/ Waldflächen werden hiermit Genehmigungen, Ausnahmen und Befreiungen von den Verboten nach § 29 Abs. 2 und § 30a Abs. 3 LWaldG beantragt.

7.1 Immissionsschutzwälder

Von der geplanten Trassenführung sind im Waldgebiet „Kleiner Odenwald“ im Bereich bereits vorhandener Schneisen bzw. verlichteter Fläche (Korridor der Freileitungen) für eine Baustellengrube ca. 7.000 m² (70 m x 100 m) in seiner Funktion als Immissionsschutzwald 161 anlage- und baubedingt betroffen. Die Betrachtung des Eingriffs in Bereiche, in denen FFH-typische Lebensraumtypen des angrenzenden FFH-Gebietes betroffen sein könnten, erfolgt in Unterlage 11.

7.2 Klimaschutzwälder

Das in Kapitel 7.1 genannte Waldgebiet „Kleiner Odenwald“ ist auf die vorstehend beschriebene Art und Weise ebenfalls als Klimaschutzwald 187 anlage- und baubedingt betroffen. Auch hinsichtlich dieser Funktion des Waldgebietes ergeben sich aufgrund des beschriebenen Eingriffes keine Funktionsbeeinträchtigungen des Waldes wie auch der angrenzenden FFH-Bereiche.

7.3 Bodenschutzwälder

Durch den Trassenverlauf und den Arbeitsstreifen werden keine Bodenschutzwälder gequert.

7.4 Erholungsschutzwälder

Durch den Trassenverlauf und den Arbeitsstreifen werden keine gesetzlichen Erholungsschutzwälder gequert.

7.5 Weitere Eingriffe in Waldflächen

Im Weiteren befindet sich westlich der Polyfinstraße in Meckesheim eine Waldfläche, die vom Verlauf der geplanten Trasse auf einer Länge von ca. 71 m gequert wird.

Bei einem eingeschränkten Arbeitsstreifen von 24 m Breite sowie einem bestockungsfrei zu haltenden Schutzstreifen von einer Breite von 10 Metern, ergibt sich eine beanspruchte Waldfläche von 1.701 m² bzw. 710 m², heißt 0,17 bzw. 0,07 ha.

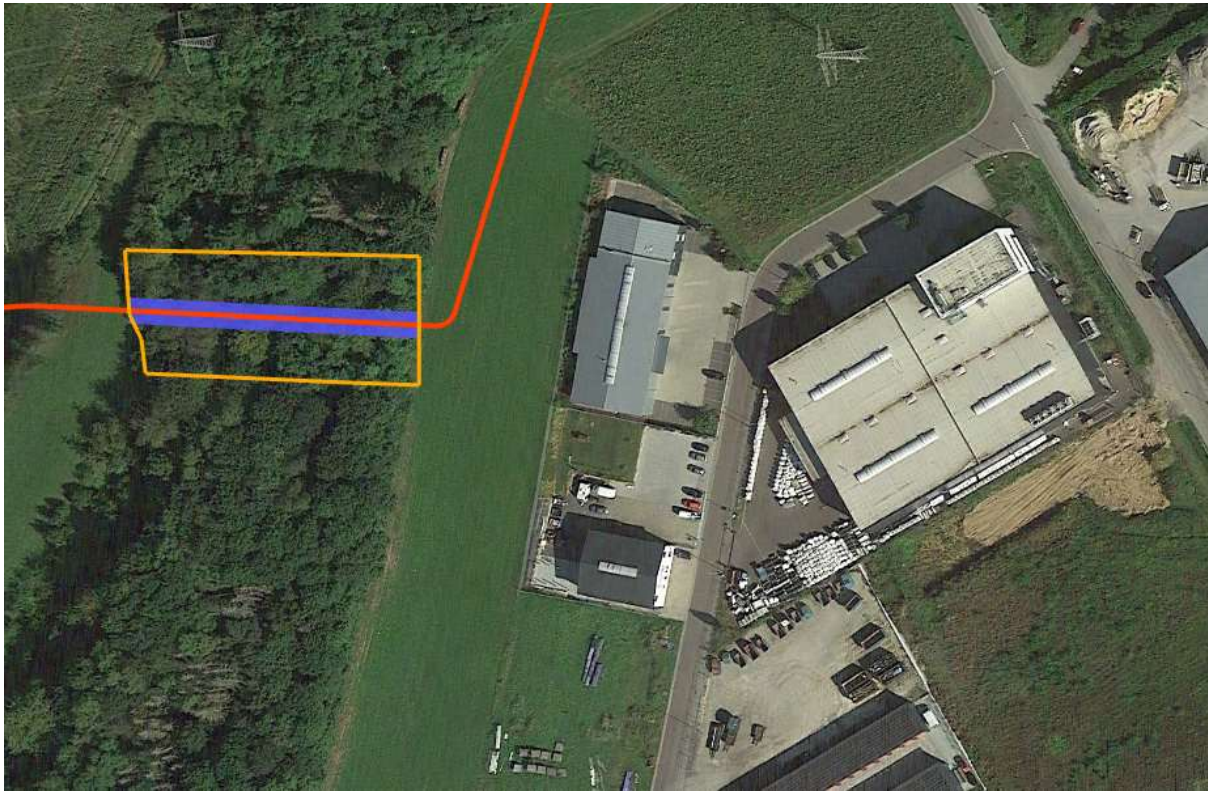


Abbildung 3: Lage des betroffenen Waldstückes bei Meckesheim; Arbeitsstreifen in gelb und gehölzfrei zu haltender Streifen in blau dargestellt (Quelle: DMT ES)

Nach § 2 Abs. 2 LWaldG Baden-Württemberg bleiben kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen sowie Leitungsschneisen im Wald auch nach dem Aufhieb Wald (Wald im weiteren Sinne). Im Weiteren stellt nach § 9 Abs. 7 LWaldG BW die Beseitigung eines Baumbestandes zur Anlage einer Leitungsschneise keine Waldumwandlung im Sinne des Gesetzes dar.

Da insoweit keine Waldumwandlung vorliegt, ist eine Waldumwandlungsgenehmigung grundsätzlich nicht erforderlich.

Da die Fläche im Falle der Leitungsschneise der $SEL \leq 1$ ha und eine Genehmigung im Falle einer Leitungsschneise erst ab einer Schneisenfläche von 1 ha oder mehr erforderlich ist, liegt auch insoweit eine Genehmigungsbedürftigkeit nicht vor.

Es wird davon ausgegangen, dass die Waldfunktionen durch eine befristete Inanspruchnahme nicht verlorengehen bzw. durch die gleichartige Wiederherstellung der betroffenen Flächen ebenfalls wiederhergestellt werden.

7.6 Beschreibung des Waldeingriffs durch das Vorhaben

Die Regelarbeitsstreifenbreite bei der Leitungsverlegung beträgt 34 m und wird in Waldbereichen auf 24 m eingeschränkt. Der temporär für die Verlegung genutzte Arbeitsstreifen kann nach Beendigung der Verlegearbeiten überwiegend wieder aufgeforstet werden, soweit er nicht Teil des Schutzstreifens ist.

Die Schutzstreifenbreite für die Leitung beträgt 10 m. Auch der Schutzstreifen kann teilweise wieder aufgeforstet werden. Innerhalb dieses Schutzstreifens befindet sich allerdings oberhalb der Leitungssachse ein 6 m breiter Bereich (jeweils 2,5m beidseits der Außenkante der Leitung, zzgl. des Rohrdurchmessers von 1,0 m), der aus Gründen der Leitungssicherheit bei der Wiederbepflanzung auszusparen ist (= gehölzfrei zu haltender Streifen). Der Streifen oberhalb der Leitungssachse wird periodisch gepflegt und verbleibt daher dauerhaft als schmale Waldlichtung. Forstrechtlich bleibt diese Fläche weiterhin Wald.

8 Antrag nach Denkmalschutzgesetz BW

Die Vorhabenträgerin beantragt, die durch sie bzw. den von ihr mit der Errichtung des Teilabschnittes SEL im PFA II beauftragten Dritten im Rahmen der Errichtung der SEL durchzuführenden Arbeiten gemäß §§ 6, 7, 8 und 15 Denkmalschutzgesetz von Baden-Württemberg zu genehmigen bzw. diesen zuzustimmen.

8.1 Allgemeines

Die Vorhabenträgerin unterliegt im Zusammenhang mit der Errichtung des Teilabschnittes PFA II (Mannheim – Hüffenhardt) der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL) zum einen gem. § 6 Abs. 2 DSchG der Erhaltungspflicht; zum anderen bedarf das Vorhaben der Genehmigung nach § 15 Abs. 1 Ziffer 2 DSchG.

Insoweit erfordern hiermit gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 2 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg die Veränderung der vom Trassenverlauf der SEL berührten oder durchquerten Kultur- und Bodendenkmale der Genehmigung/Zustimmung.

8.2 Vorgehen zum Schutz von Kulturdenkmalen

Im Bereich der Fundstellen wird die Vorhabenträgerin bzw. werden durch von ihr beauftragte Fachfirmen eine Voraberkundung oder eine baubegleitende Erkundung durchführen. Die Vorhabenträgerin wird sich zur fachgerechten Untersuchung, Bergung und Dokumentation der vom Leitungsbauvorhaben betroffenen Kulturdenkmale frühzeitig mit dem Landesamt für Denkmalpflege abstimmen und die getroffenen Abstimmungen in einer entsprechenden Vereinbarung zwischen ihr und der vorstehend genannten Behörde beschließen.

Die genaue Fläche für die Voraberkundung wird im Vorfeld festgelegt. Für den Fall, dass im Zuge der Voraberkundung archäologische Befunde aufgedeckt werden, sichert die Vorhabenträgerin schon jetzt zu, dem Landesamt für Denkmalpflege eine ausreichende Zeitspanne für deren Untersuchung und Bergung einzuräumen.

Das weitere Vorgehen im Falle des Auftretens archäologischer Befunde wird zwischen dem Landesamt für Denkmalpflege und der Vorhabenträgerin einzelfallbezogen abgestimmt. Dies betrifft insbesondere den jeweils erforderlichen Zeitrahmen. In diesem Zusammenhang wird die Vorhabenträgerin darüber hinaus mit dem Landesamt für Denkmalpflege unter Berücksichtigung der Vorgaben des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes – vgl. § 7 Abs. 2 Satz 2 DSchG, zuletzt geändert mit Datum vom 07.02.2023 durch § 6 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes - versuchen, nach Möglichkeit bis zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens - spätestens jedoch im Vorfeld der weitergehenden Planung- die oben angesprochene einvernehmliche Regelung über die seitens der Vorhabenträgerin im Rahmen der fachgerechten Unterstützung gem. § 6 Abs. 2 DSchG zu erbringenden Leistungen zu erzielen, in der alle Maßnahmen der archäologischen Begleitung abschließend festgelegt sind. Die Vorhabenträgerin wird die Planfeststellungsbehörde über den Abschluss einer einvernehmlichen Regelung mit dem Landesamt für Denkmalpflege umgehend unterrichten.

9 Bauanträge für oberirdische Anlagenteile nach Landesbauordnung BW

Die Vorhabenträgerin beantragt hiermit die Genehmigung der Errichtung sonstiger Anlagenteile gem. § 52 LBO BW, die im Zusammenhang mit den für die SEL zu errichtenden oberirdischen Anlagenteile hergestellt werden müssen.

Im Zuge der Errichtung der SEL werden oberirdische Anlagenteile (etwa Absperrarmaturen) errichtet. Diese Flächen sind einzufrieden. Der Bau der Einfriedung kann gem. § 52 LBO im vereinfachten Verfahren beantragt werden.

Die Anträge im Einzelnen liegen als Anlagen 1 bis einschließlich 5 dem Kapitel 8.9 bei.

Anlagenverzeichnis zu Unterlage 8.9

- Anlage 1 - Antrag nach §5 LBO für AG Vogelstang
- Anlage 2 - Antrag nach §5 LBO für NK Grenzhof
- Anlage 3 - Antrag nach §5 LBO für AG Sandhausen
- Anlage 4 - Antrag nach §5 LBO für AG Mönchzell
- Anlage 5 - Antrag nach §5 LBO für AG Kälbertshausen